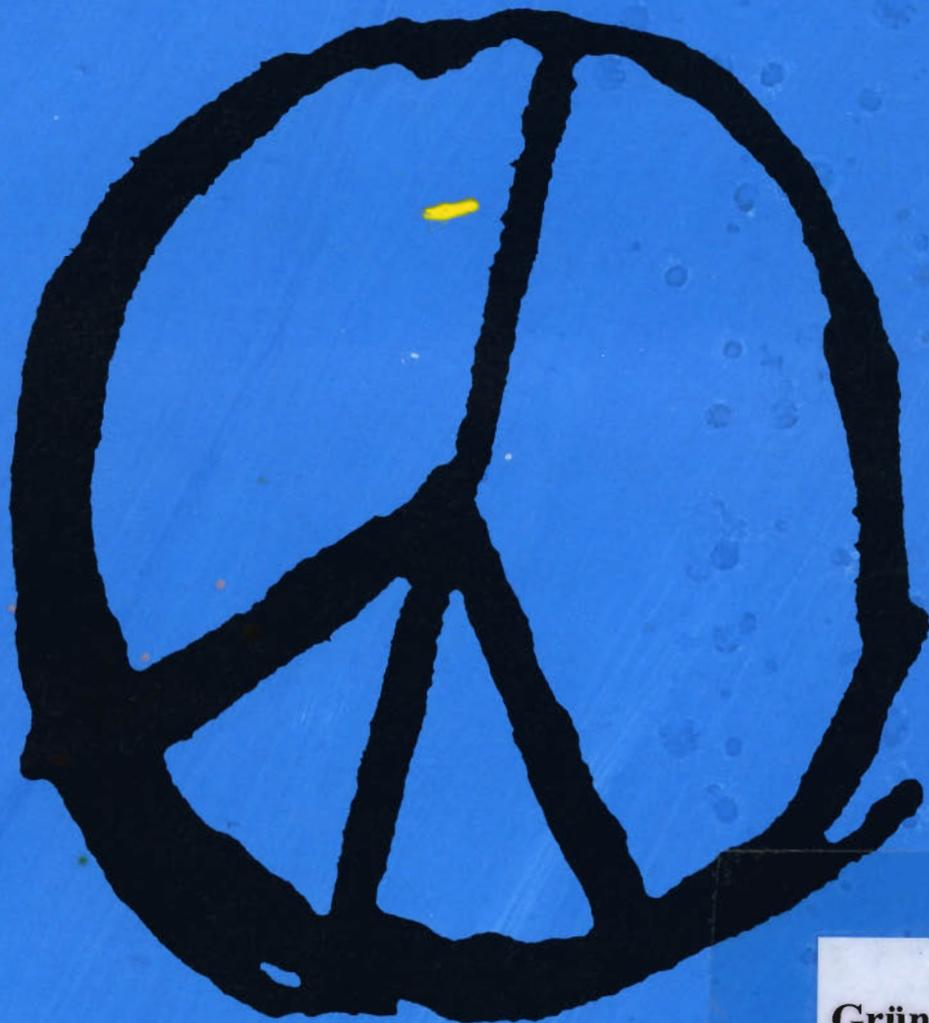


GRÜN für ein multikulturelles Europa



Grün 042-22 a

**FÜR eine blockfreie gesamteuropäische Friedensordnung
GEGEN eine Supermacht Westeuropa**

DIE GRÜNEN 

Archiv Grün 042-22 a
Grünes Gedächtnis
- Bibliothek -
1997 / D6

IMPRESSUM

HerausgeberInnen: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle,
Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1
V.i.S.d.P.: Eberhard Walde

Redaktion: Ruth Kühn

Titel: Richard Herten

Lay-Out/Satz: kippsatz

Druck: FARBO-Druck

Verlag: Selbstverlag

Auflage: 20 000 / April 1989

Bestellungen an: DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle,
Colmantstraße 36, 5300 Bonn 1.

DIE EG IST KEINE ZIVILMACHT



Von Seiten etablierter Politik wird stets behauptet, die EG sei ein ziviler, friedlicher Zusammenschluß von Staaten, der mit der Dimension des Militärischen, mit Rüstung, Blockkonfrontation und Bedrohung anderer Völker nichts zu tun habe. DIE GRÜNEN bestreiten das. Die EG ist keine Zivilmacht.



RÜCKBLICK

Sicher: bei ihrem Gründungsprozeß standen die Erinnerungen an die Schrecken des gerade erst überstandenen Zweiten Weltkriegs Pate. Treibendes Motiv für ihre positive Haltung zur Bildung einer (westeuropäischen) Staatengemeinschaft war der Wille, es durch die Integration unmöglich zu machen, daß die an dem Integrationsprozeß beteiligten Völker jemals wieder kriegerisch aufeinander losgehen könnten. Insbesondere sollte mittels der Integration das „Sicherheitsproblem Deutschland“ dauerhaft gelöst werden, d. h. die Einbindung der Bundesrepublik als Kernstück der Integration, sollte den westlichen Nachbarn wirksamen Schutz vor einer potentiellen Hegemonialmacht Deutschland garantieren.

Gleichzeitig aber hatte diese Integration eine aggressiv nach außen, gegen die Staaten und Völker des Ostens gerichtete Kehrseite. Die Schaffung der „zivilen“ Europäischen Gemeinschaften ordnete sich in die Blockbildung im Zuge des Kalten Krieges ein. Sie wurde von den USA nicht zuletzt auch deshalb

massiv unterstützt, weil sie ein wichtiges Element in der Einkreisungs- und Eindämmungspolitik des „freien Westens“ gegenüber dem Osten werden und zur wirtschaftlichen Stärkung der westeuropäischen Staaten im Rahmen der Blockkonfrontation beitragen sollte. Die Bundesrepublik gewann gerade auf dem Wege der Einbindung in den Westen zunächst Gleichberechtigung und Souveränität wieder und gelangte schließlich zu einer machtpolitischen Führungsposition im westlichen Lager; inklusive der Remilitarisierung und des Aufbaus der größten und schlagkräftigsten konventionellen Streitkräfte in Europa. Was für die westlichen Nachbarn als Lösung des „Sicherheitsproblems Deutschland“ erschien, war für ihre östlichen Nachbarn also das Wiedererstehen einer gefährlichen Bedrohung.

Völkerverständigung, kulturelles Zusammenwachsen, wirtschaftliche Integration und politischer Zusammenschluß im Westen Europas hatte – und hat heute noch – stets auch die Kehrseite der Bedrohung gegenüber dem Osten des Kontinents.

STÄRKUNG DES „EUROPÄISCHEN PFEILERS DER NATO“

Seit einigen Jahren ist in etablierter Politik von der „Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO“ die Rede, davon, daß „die Allianz“ endlich – wie von J.F. Kennedy schon 1962 gefordert – zu einer Organisation mit zwei gleich starken Säulen werden müsse, einer nordamerikanischen und einer (west-)europäischen. Das heißt: Übernahme neuer militärischer Aufgaben durch die westeuropäischen Staaten, vertiefte militärische Integration dieser Staaten untereinander einerseits und eine relativ größere Eigenständigkeit gegenüber den USA andererseits. Eine wichtige Triebfeder dieser Entwicklung liegt in der Dynamik des Zusammenwachsens Westeuropas zu einer Wirtschaftsgrößmacht. Es besteht die Gefahr, daß diese sicherheitspolitische Dimension künftig für die westeuropäische Integration immer bestimmender wird.

Unabhängig von den z.T. unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen, die mit einer „Stärkung des europäischen Pfeilers“ verbunden werden, ist man sich in der etablierten Politik diesseits und jenseits des Atlantik darüber einig, daß es zu einer solchen Reorganisation des westlichen Bündnissystems in den nächsten Jahren kommen muß. Gerade das INF-Abkommen vom Dezember 1987 hat den Bestrebungen zur (West-)Europäisierung der Sicherheitspolitik noch einmal einen wichtigen Impuls gegeben. Es sieht den Abzug aller atomaren Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 km und

5000 km aus Europa vor. Von Seiten etablierter Politik wurde dies jedoch als Zeichen verminderten Engagements der USA in Europa gedeutet, was durch verstärkte „europäische“ Anstrengungen „kompensiert“ werden müsse.

FRANZÖSISCH-BUNDESDEUTSCHE MILITÄR-KUMPAINEI

Entsprechende Maßnahmen und Prozesse sind auch schon auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Bereichen durchgeführt bzw. angestoßen worden. Das reicht von NATO-Programmen zur „Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit“ in Europa als wesentlicher materieller Grundlage einer (West-)Europäisierung der Sicherheitspolitik, über Absprachen bezüglich einer zu intensivierenden militärisch-nuklearen Zusammenarbeit zwischen den beiden westeuropäischen Nuklearmäch-

ten, Frankreich und Großbritannien, bis hin zur Reaktivierung der Westeuropäischen Union (WEU) und zur verstärkten bundesdeutsch-französischen Militärkooperation.

Gerade dieser in den letzten Jahren merklich intensivierten bundesdeutsch-französischen Militärkumpaneie, die u. a. zur Aufstellung einer gemeinsamen Brigade, zur Bildung eines bundesdeutsch-französischen Verteidigungsrats und zu Konsultationen über die französische Nuklearstrategie geführt hat, wird von etablierter Politik eine herausragende Rolle zugewiesen. Sie soll den Führungsanspruch des französisch-bundesdeutschen „Tandems“ im Rahmen der westeuropäischen Integrationsprozesse festigen, und anderen westeuropäischen Staaten soll keine andere Wahl bleiben, als sich diesem Tandem und seiner Politik der Militarisierung der westeuropäischen Integration anzuschließen.



EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT: SICHERUNG DES WESTLICHEN ALLIANZSYSTEMS



Im Geflecht der Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik hat auch die EG ihren Platz. Etablierte Politik sieht mehrheitlich in der EG den „eigentlichen“ europäischen Pfeiler des westlichen Allianzsystems, da die zusammenwachsende Wirtschaftsgrößmacht die militärische Absicherung braucht. Vor allem, weil man in der EG „noch nicht soweit ist“, da sich einige EG-Mitglieder wie das neutrale Irland, aber auch Griechenland und Dänemark, noch gegen eine Militarisierung der EG sträuben, wird zwischenzeitlich auf Übergangslösungen, wie die Belegung der WEU oder die Schaffung einer bundesdeutsch-französischen Militärachse gesetzt. Doch letztlich wird die WEU quasi als Statthalter der EG verstanden, die bundesdeutsch-französische Militärkooperation als Achse, um die sich die anderen EG-Staaten nach und nach herumgruppieren sollen.

Dereinst aber soll die EG als stärkste und bedeutendste Institution der westeuropäischen Integration auch das Feld der Sicherheits- und Militärpolitik mit abdecken. Und die EG ist auf dem Wege dazu: Wir erleben seit Gründung der EG einen Prozeß der allmählichen und schrittweisen Hineinnahme von militär- und sicherheitspolitischen Themen in die EG, der gerade in der jüngsten Zeit erheblich an Dynamik und Tempo gewonnen hat.

Den vorläufigen End- und Höhepunkt der Hineinnahme von „Sicherheitsfragen“ bildet die Einheitliche Europäische Akte (EEA). In ihr verpflichten sich die EG-Staaten auf „eine engere Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheit“ und erklären sich „zu einer stärkeren Koordinierung ihrer Standpunkte zu den politischen und wirtschaftlichen Aspekten der Sicherheit bereit“. Gleichzeitig wird auf

NATO und WEU verwiesen, in denen die meisten EG-Staaten noch enger sicherheitspolitisch zusammenarbeiten.

IHRE MILITÄRPOLITISCHE „UNSCULD“ HAT DIE EG LÄNGST VERLOREN

Daran zeigt sich zweierlei: auf der einen Seite wird deutlich, daß die Zeiten „sicherheitspolitischer Unschuld“ der EG endgültig vorbei sind. Ihr Anspruch, auf dem Felde der Sicherheitspolitik mitzumischen, ist eindeutig angemeldet. Die EG zeigt sich bereit, ihren Teil zur „Stärkung des europäischen Pfeilers“ beizutragen. Auf der anderen Seite wird deutlich, daß das Widerstreben des neutralen Irland, aber auch solcher „Quertreiber“ wie Griechenland und Dänemark offenbar (noch) eine umfassende und durchgängige Militarisierung der EG nicht zuläßt.

Daher ist bis auf weiteres von einer Arbeitsteilung zwischen NATO, WEU und EG auszugehen. Im Rahmen dieser Arbeitsteilung übernimmt die EG vorerst Arbeitsfelder, die nicht direkt militärische, militärpolitische und -strategische Fragen berühren, sondern von diesem „harten Kern“ militärisch abgestützter Machtpolitik noch etwas weiter entfernt sind.

„ZIVILITÄRISCHE“ TECHNOLOGIE- UND FORSCHUNGSPOLITIK

Die EG erweist sich vor allem auf dem Gebiet der Rüstungsforschung, -produktion und -beschaffung als wichtige Instanz der Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik. Die Industrie- und Technologiepolitik der EG soll auch der Koordination der Rüstungszusammenarbeit der EG-Staaten dienen. Ansetzen will man insbesondere im Bereich der Forschung und Entwicklung, weil man hier den militärischen Charakter von Vorhaben noch am ehesten verdecken kann. Denn moderne Technologien haben heute immer mehr „dual-use“-Charakter, d. h. sie können sowohl zivil als auch militärisch Verwendung finden. (Fast) jede „zivile“ Technologieförderung kann auch für militärische Zwecke genutzt werden.

Daß eine klare Grenzziehung zwischen zivilem und militärischem Bereich kaum mehr möglich ist, macht sich die EG zunutze, um unter dem „zivilen“ Etikett der Technologieförderung militärisch relevante Forschung und Entwicklung zu koordinieren, zu fördern und zu finanzieren. Z. B. werden im Rahmen des Europäischen Strategischen Programms für Forschung auf dem Gebiet der Informationstechnologie (ESPRIT I und II) militär- und rüstungsbezogene Projekte durchgeführt und gefördert.

Während das z. Zt.: noch eher verdeckt-verschämt geschieht, mehren sich die Stimmen, die unter Bezug auf die zitierten Formeln der EEA unverblümt die Übertragung von Forschungsmitteln für den militärischen Bereich auf europäische Organe und darüber hinaus eine offensive „Verteidigungsindustriepolitik“ der EG fordern. Gleichzeitig wird die Schaffung des einheitlichen europäischen Binnenmarktes mit seinen Liberalisierungs- und Harmonisierungsverpflichtungen auch als Möglichkeit gesehen, „europäische“, nicht mehr national beschränkte Rüstungskonzerne sowie einen gemeinsamen westeuropäischen Markt für Rüstungsgüter zu schaffen. Angestrebt wird die effektive Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens in den einzelnen EG-Staaten, d. h. die Öffnung der bisher geschlossenen nationalen Beschaffungskreisläufe in die westeuropäische Dimension eines EG-weiten Wettbewerbs hinein. Weitergehende Vorstellungen laufen sogar auf die Einrichtung einer westeuropäischen Beschaffungsbehörde, einer „Europäischen Rüstungsagentur“, hinaus.



SUPERMACHT WESTEUROPA – NEIN DANKE!



In einem Bericht des Europaparlaments mit dem Titel „Die Sicherheit Westeuropas“ wird unter der Überschrift „Europa, eine Weltmacht im Werden“ u.a. gefordert, Europa (lies: Westeuropa) müsse „in der Lage sein, sich zu gegebener Zeit und unter Beibehaltung seiner Bündnistreue alle Attribute einer Großmacht zu verschaffen, wozu auch eine unabhängige Verteidigung gehört“. Und von den USA wird verlangt, sie müßte den „Aufstieg dieser künftigen Weltmacht Europa konkret erleichtern“.

„Europa, eine Weltmacht im Werden“ - damit sind Wünsche und Ziele der Mehrheit im EP und der etablierten Politik in Westeuropa deutlich gekennzeichnet. Was mit „allen Attributen einer Großmacht“ gemeint ist, geht aus zahlreichen EP-Berichten u.a. Stellungnahmen zu den außen-, sicherheits- und militärpolitischen Entwicklungsperspektiven EG-Europas hervor.

GROSSMACHT-ATTRIBUT: MILITÄRISCHE INTERVENTIONSPOLITIK

Großmacht kann heute und künftig nur sein, wer die Fähigkeit zur weltweiten militärischen Interessens-

durchsetzung hat. Folglich wird in den angesprochenen Berichten und Stellungnahmen von EG-„Eingreiftruppen“ für Interventionen in der „Dritten Welt“ und von gemeinsamen Operationen der EG-Kriegsflotte auf allen Weltmeeren geschwärmt.

Heute sind die EG-Staaten in bezug auf militärische Interventionspolitik noch weitgehend von den USA abhängig, sie sind nicht viel mehr als deren „Juniorpartner“ - was man versucht, positiv zu wenden, indem man die USA weitgehend die militärische „Drecksarbeit“ in der „Dritten Welt“ erledigen läßt und sich selbst den Völkern der „Dritten Welt“ als „zivile“ Alternative zu den militärischen Supermächten präsentiert - zugleich aber durchaus nach militärischen Optionen strebt. Die EG trägt durchaus ihren eigenen Teil zur Militarisierung des Nord-Süd-Konflikts, zur militärisch abgesicherten Unterdrückung und Ausbeutung der Völker der „Dritten Welt“ bei.

Es sei daran erinnert, daß einige EG-Staaten, vor allem Frankreich, aber auch z. B. Großbritannien und Spanien, immer noch Kolonialmächte sind, die Menschen in der „Dritten Welt“ auch im Interesse der anderen EG-Länder und der EG insgesamt als (Atom- und Weltraum-)Großmacht im Werden in kolonialer Abhängigkeit halten.

EINE WESTEUROPÄISCHE WAFFE: DIE CHEMIE

Die chemischen Industrien der in der EG zusammengeschlossenen Nationen haben ihre Kriegsgeschichte: In Westeuropa wurden weltweit die ersten chemischen Waffen produziert und eingesetzt - von den Deutschen und danach von ihren Kriegsgegnern im 1. Weltkrieg. Mit dem Genfer Giftgasprotokoll von 1925 wurde ihr Einsatz völkerrechtlich geächtet, nicht aber die Herstellung und Lagerung verboten. Im Hitler-Deutschland wurde dennoch das Gas „Zyklon B“ in KZs systematisch als Massenvernichtungsmittel gegen Menschen eingesetzt. Auch wurden dort die ersten Nervenkampfstoffe entwickelt und produziert. Um ihren Einsatz im 2. Weltkrieg kam die Menschheit noch einmal herum. Nach dem Sieg der Alliierten wirkten Chemiker und Techniker aus dem Dritten Reich intensiv am Aufbau der US-amerikanischen und der sowjetischen C-Waffen-Potentiale mit. Und heute?

● Die Bundesrepublik ist das einzige Land der Welt, in dem die US-Streitkräfte weiterhin chemische Waffen lagern. Sie beabsichtigen, die Stationierung der neuen Generation binärer chemischer Waffen durchzusetzen.

● Frankreich behauptet, keine chemischen Waffen zu besitzen, gibt aber zu, solche Massenvernichtungssysteme herstellen zu können - einschließlich binärer Waffen. Jüngst bestätigten Mitglieder der Chemiewerker-Gewerkschaft Frankreichs, chemische Waffen hergestellt zu haben und nannten beteiligte Firmen.

● Die chemischen Industrien Westeuropas sind der Supermarkt, in dem Länder, die sich chemische Waffen als „die Atombombe des armen Mannes“ zulegen wollen, „shopping“ gehen können. Hier kann quer durch Europa - weitgehend unbehindert von der Exportgesetzgebung - all das zusammengekauft werden, was für die Herstellung chemischer Waffen aller Art benötigt wird. Die irakische C-Waffen Produktion in Samarra und die libysche Fabrik in Rabita zeigen dies nur zu deutlich und sind wohl auch nur die Spitze eines Eisberges, sichtbar geworden, weil die Regierungen beider Länder politisch unliebsam sind.

In Genf verhandeln dagegen im Rahmen der UNO 40 Länder seit Jahren erfolglos über ein völliges Verbot chemischer Waffen. Ein solches Verbot ist heute dringlicher denn je, da die Zahl der Chemiewaffen-Besitzer größer und größer wird. Doch obwohl Politiker der EG-Staaten nicht müde werden, die Notwendigkeit eines baldigen Abschlus-

ses eines Vertrages zu betonen, ist die Haltung der Westeuropäer kaum konstruktiv zu nennen:

● Die chemischen Industrien - insbesondere auch die der Bundesrepublik - wenden sich gegen zu scharfe Verifikationsmaßnahmen. Offiziell wollen sie ihre „Produktionsgeheimnisse „gewahrt wissen“. Faktisch tragen sie zu einer Blockade der Verhandlungen bei.

● Frankreich möchte sich das Recht vorbehalten, eine „Sicherheitsreserve“ von bis zu 2000 Tonnen chemischer Waffen bis in die Schlußphase eines vertraglich vereinbarten Abbaus dieser Waffen bereitzuhalten. Das Land fordert das Recht, auch nach Abschluß des Vertrages noch neue Giftgaswaffen bauen zu dürfen. Auch dies stellt ein wesentliches Hindernis für den baldigen Abschluß eines Verbotsvertrages dar.

● Mit der Pariser Konferenz über die Nichtweiterverbreitung chemischer Waffen, die im Januar 1989 stattfand, wurde auf Initiative Frankreichs und der USA ein weiterer Versuch unternommen, den Fortschritt zu einem Verbot chemischer Waffen zu behindern. Zu Recht kritisierten die Staaten der „Dritten Welt“, Ziel dieser Konferenz sei es, ähnlich wie mit dem Atomwaffensperrvertrag, eine Zweiteilung der Welt vorzubereiten: in Länder, die über diese Waffen verfügen und in solche, die nicht darüber verfügen. Länder der „Dritten Welt“, die wie die USA und Frankreich über C-Waffen verfügen oder diese bauen wollen, sollten als Hindernis und verantwortlich für das bisherige Scheitern der Genfer Verbotverhandlungen an den Pranger gestellt werden. Die Konferenz führte zu verbalen Bekenntnissen gegen die Weiterverbreitung chemischer Waffen - ganz im Sinne der Industrie nicht aber zur Vereinbarung wirksamer staatlicher Maßnahmen zur Unterbindung des Exports chemiewaffenrelevanter Produkte und Technologien.

Ein weltweites Chemiewaffenverbot ist heute so dringlich wie fern. Die westeuropäischen Staaten tragen Mitverantwortung. Sie schützen die Exportinteressen ihrer Industrie, indem sie wirksame Exportgesetze und -kontrollen verhindern. Doch damit nicht genug: Je länger ein Verbotvertrag auf sich warten läßt, und je näher die westeuropäischen Staaten einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik kommen, desto dringlicher stellt sich die Frage, sollen französische C-Waffen Grundstock eines eigenständigen chemischen Kriegsführungspotentials Westeuropas werden?

Und nicht zuletzt betreiben die Industrien aller EG-Länder ein lukratives „Geschäft mit dem Tod“, indem sie Kriegswaffen und andere Rüstungsgüter, Militär- und Repressionstechnologie in die „Dritte Welt“ exportieren. Damit tragen sie zu Massenelend und Unterdrückung in der „Dritten Welt“ bei und machen es überhaupt erst möglich, daß es zu mörderischen Kriegen kommen kann (Iran-Irak)

GROSSMACHT-ATTRIBUT: MILITÄRISCHE NUTZUNG DES WELTRAUMS

Großmacht kann heute und künftig nur sein, wer bei der militärischen Nutzung des Weltraums mithalten kann. Folglich gibt es in EG-Europa hochfliegende Pläne für militärisch nutzbare westeuropäische Welt- raumprojekte, für Aufklärungssatelliten, für bemannte Raumstationen, für eine Europäische Verteidigungsini- tiative (EVI) analog zu SDI usw. usf.

Auch hier ist zwar die Abhängigkeit von den USA heute noch groß, aber mit dem ESA-Projekt haben die WesteuropäerInnen bewiesen, daß sie zu eigenständiger Raumfahrt fähig sind.

GROSSMACHT-ATTRIBUT: RÜSTUNGSINDUSTRIE

Großmacht kann heute und künftig nur sein, wer über eine umfassende und ausdifferenzierte rüstungsindu-

strielle Basis verfügt. Daher die bereits angesproche- nen Anstrengungen zur Koordination der Rüstungs- produktion, zur Entwicklung einer EG-„Verteidigungs- industriepolitik“, zu einer, an militärischen Erfordernis- sen ausgerichteten Technologiepolitik, zur Bildung eines gemeinsamen Marktes für die Beschaffung von Rüstungsgütern, zur Schaffung „europäischer“ Rüs- tungskonzerne.

GROSSMACHT-ATTRIBUT: ATOMWAFFEN

Und schließlich kann Großmacht heute und künftig nur sein, wer Nuklearmacht ist. Zentrales Moment der machtpolitischen Zweitrangigkeit EG-Europas ist heute seine Abhängigkeit vom US-Nuklear"schutz". Will „Europa“ Weltmacht werden, so muß es sich von dieser Abhängigkeit letztlich emanzipieren und Nukle- armacht werden.

- Schon heute sind zwei militärische Atommächte - Frankreich und Großbritannien - Mitglieder der EG,
- schon heute haben die EG-Staaten alle industriell- technologischen Voraussetzungen, um Nuklear- macht in großem Stil werden zu können („dank“ der „zivilen“ Atomprogramme),
- schon heute besitzen sie Rüstungsindustrien, die die notwendigen Trägersysteme zum Atombomben- transport herstellen können (nuklearfähige Flug- zeuge, ballistische Raketen, Marschflugkörper),



- schon heute sind die nichtnuklearen Staaten, Bundesrepublik und Italien über die finanzielle Beteiligung beim französischen Superphenix am französischen militärischen Atomprogramm beteiligt (der Superphenix „erbrütet“ das Plutonium für französische Nuklearwaffen),
- schon heute gibt es Absprachen zwischen den EG-Nuklearmächten Frankreich und Großbritannien und auch der (noch) nicht-nuklearen Bundesrepublik über nuklearstrategische Fragen,
- und schon heute sind die anderen EG-Staaten Komplizen des französischen Atom- (und Weltraum-) Kolonialismus, der Französisch-Polynesien, Neukaledonien und Französisch-Guayana in kolonialer Abhängigkeit hält, um dort Atombombenversuche durchzuführen (bzw. westeuropäische Weltraumprojekte zu realisieren).

Ziel des westeuropäischen Integrationsprozesses ist die Schaffung einer „Europäischen Union“, für die im Atomwaffensperrvertrag die Option offengehalten wird, die Nachfolge Frankreichs und Großbritanniens als Nuklearmacht anzutreten. Spätestens im Rahmen dieser „Europäischen Union“ hätte auch die Bundesrepublik die (Mit-)Verfügung über Nuklearwaffen erreicht. Auf diese Option setzt auch die CDU, wenn sie eine Europäische Nuklearmacht fordert.

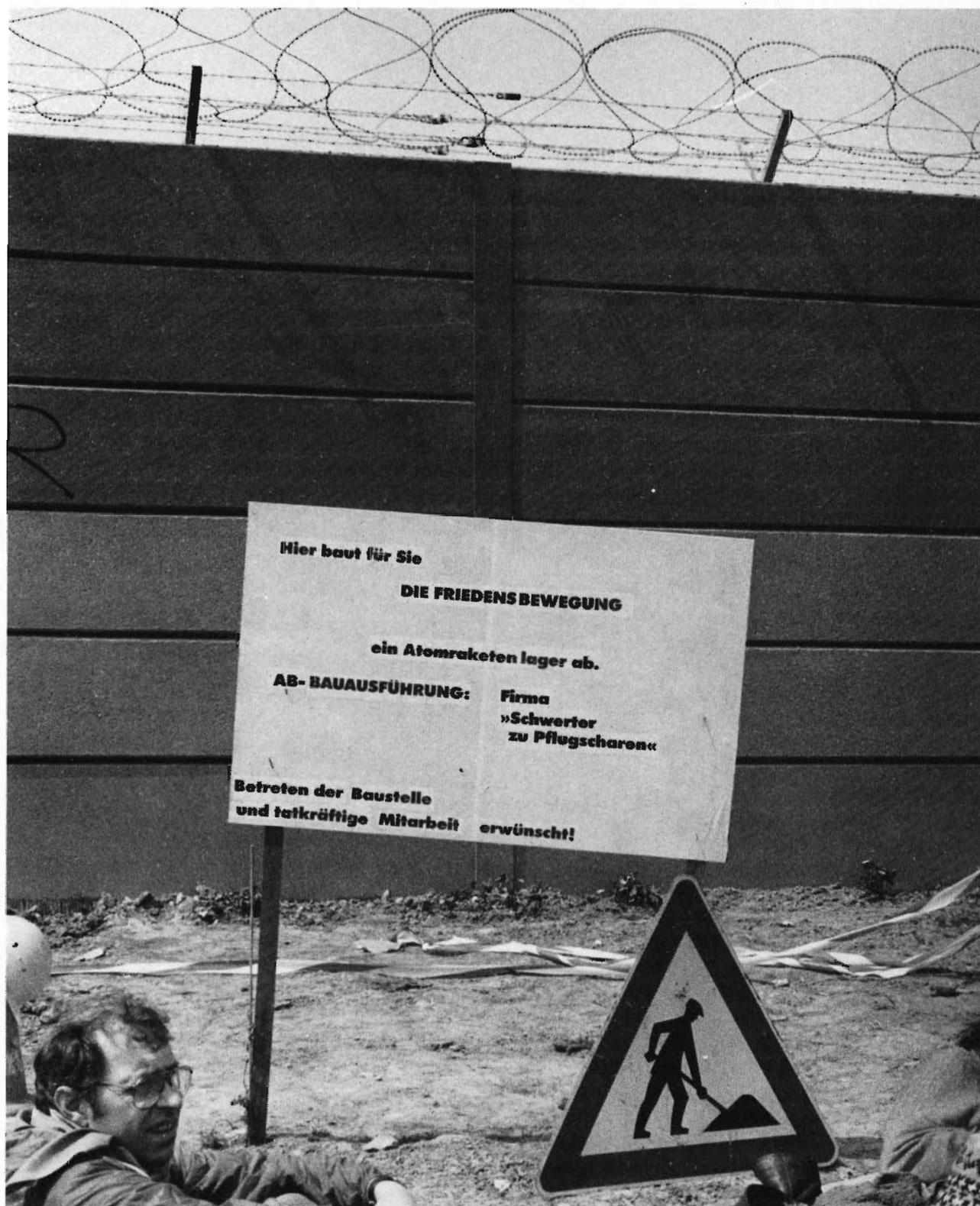
DEN ANFÄNGEN WEHREN

Eine dritte nukleare Supermacht Westeuropa – das kann das Ergebnis der Prozesse der (West-)europäisierung der Sicherheitspolitik, der „Stärkung des europäischen Pfeilers“, der Militarisierung der EG, wie wir sie heute erleben, sein. Sicher: so weit ist es noch nicht, es gibt für die etablierte Politik mannigfaltige Probleme und Hindernisse auf diesem Weg, es gibt nationalstaatliche Konkurrenzen, finanzielle Engpässe usw. Doch dürfen wir nicht darauf vertrauen, daß aufgrund dieser objektiven Hemmnisse aus der „Weltmacht im Werden“ nichts werden wird. Vielmehr gilt auch hier: Wehret den Anfängen, zumal diese Anfänge auch für sich genommen schon kostspielig, bedrohlich und friedensgefährdend genug sind.

Die Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik mit allen ihren Facetten trägt wesentlich zur Verhärtung der Blockkonfrontation bei, verschärft die Bedrohungssituation für die Völker im Osten und Süden und nützt allein den Interessen von Militärapparaten, Rüstungsindustrien, staatlichen Bürokratien – allen jenen politischen Kräften, die auf EG-Basis eine „Politik der Stärke“ gegen den „Rest der Welt“ betreiben wollen.



FÜR EINE GESAMTEUROPÄISCHE FRIEDENSORDNUNG UND BLOCKAUFLÖSUNG



DIE GRÜNEN verweigern sich dem herrschenden Sprachgebrauch, der in chauvinistischer Überheblichkeit den westlichen Teil Europas, nämlich die EG-Staaten, zum Ganzen erklärt und den „Rest“ nur als Anhängsel begreift.

Statt der Selbstbehauptung (West-)Europas in Konfrontation mit den Völkern des Ostens und Südens wollen DIE GRÜNEN die Schaffung einer neuen (gesamt-)europäischen Friedensordnung und die Auflösung der Militärblöcke. Eine Politik der „Selbstbehauptung Europas“, wie sie die Sozialdemokraten propagieren, kann keine Brücke zu einer solchen gesamteuropäischen Friedensordnung schlagen.

Erster Schritt ist die Ablehnung und Bekämpfung jeglicher Bestrebungen zur „Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO“, weil diese Bestrebungen zur Festigung und Machtsteigerung des Westblocks und zur Vertiefung des Grabens zwischen den Blöcken führen statt zu seiner Überwindung.

Unsere Ablehnung und Bekämpfung der Militarisierung der EG ordnet sich dabei ein in den größeren Zusammenhang der Ablehnung und Bekämpfung jeglicher Schritte zur Westeuropäisierung der Sicherheitspolitik und zur Herausbildung einer Militärgrößmacht Westeuropa (z. B. Belebung der WEU, bundesdeutsch-französische Militärkooperation, westeuropäische militärische Weltraumprojekte).

EINSEITIGE ABRÜSTUNG UND BLOCKAUFLÖSUNG

Der Intensivierung der sicherheits- und militärpolitischen Kooperation und Integration im westlichen Block setzen DIE GRÜNEN die Desintegration, die Zersetzung des westlichen Blocks mit dem Ziel seiner Auflösung entgegen. Wir schlagen eine Strategie der einseitigen Abrüstung und Block-Desintegration vor, die schrittweise die Rüstungspotentiale abbaut und die militärische und sicherheitspolitische Integration auflockert. Drastische Kürzungen des Rüstungshaushalts, vollständige Entnuklearisierung der BRD und Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus der BRD sind wichtige Schritte in einem Prozeß einseitiger Abrüstung und Blockauflösung, der die Rüstungs- in eine Abrüstungsdynamik umkehren soll. Wir rechnen damit, daß einseitige Abrüstung der Bundesrepublik positiv auf andere Staaten in West und Ost ausstrahlen wird und zu einem einseitig-mehrseitigen Abrüstungsprozeß führen kann.

Die Gorbatschowsche Politik von Glasnost und Perestroika und die damit einhergehende neue Außenpolitik der UdSSR verbessern die Chancen hierfür. Wir erwarten, daß das westliche Lager auf die Politik Gorbatschows positiv antwortet und die damit geschaffenen verbesserten Voraussetzungen für

Abrüstung und Entmilitarisierung des Ost-West-Konflikts nutzt.

INTENSIVIERUNG UND AUSWEITUNG DES KSZE-PROZESSES

Im Prozeß der Abrüstung und Blockerosion haben multilaterale Verhandlungen und Verträge durchaus ihren Platz. Sie können unter bestimmten Bedingungen zu seiner Förderung beitragen und sollen die Ergebnisse der einseitig-mehrseitigen Abrüstungs- und Blockauflockerungsdynamik völkerrechtlich verbindlich fixieren.

In diesem Zusammenhang messen wir insbesondere dem gesamt europäischen KSZE-Ansatz besondere Bedeutung bei. Wir treten für eine Intensivierung und Ausweitung des KSZE-Prozesses in Hinsicht auf Probleme der Friedenspolitik, der Vertrauensbildung und umfassenden Abrüstung ein.

Die neutralen und blockfreien Staaten Europas können dabei eine besondere Rolle spielen. DIE GRÜNEN messen diesen, nicht in einen Militärpakt eingebundenen Staaten, eine wichtige friedenspolitische Funktion zu. Wir treten für den Erhalt des blockungebundenen Status dieser Länder ein und wollen, daß ihr Gewicht in einem gesamteuropäischen Friedensprozeß gestärkt wird.

RAUS AUS DER NATO

Wir sind uns bewußt, daß sich im Verlauf eines solchen Prozesses einseitiger Abrüstung und Blockauflösung die Frage stellen wird, wie lange die Bundesrepublik noch in der NATO verbleiben kann. Denn einseitige Abrüstung zielt nicht allein auf Verminderung der Rüstungen, sondern auch auf Veränderung der internationalen politischen Verhältnisse, konkret auf die Auflösung der Blöcke.

Wir begreifen eine Strategie der einseitigen Abrüstung daher auch als Prozeß der Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO. Wenn in der Auseinandersetzung um die Durchsetzung unserer abrüstungspolitischen Forderungen die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik zur Diskussion steht bzw. die NATO in eine Zerreißprobe geführt wird, so ist uns das gerade recht. Wir müssen raus aus der NATO, weil es mit der NATO keinen Frieden geben kann und die Schwächung, Desintegration und schließliche Aufhebung dieses Bündnisses unabdingbar ist, um Frieden zu schaffen (dasselbe gilt für die WEU).

NATO-Austritt, -Desintegration und -Auflösung dürfen nicht durch die Militarisierung der westeuropäischen Integrationsprozesse, die Aktivierung der WEU, die Schaffung einer „Europäischen Verteidi-

gungs-Union" o.ä. konterkariert bzw. „kompensiert“ werden. Vielmehr muß an die Stelle der konfrontativen Blockstrukturen eine neue gesamteuropäische Struktur treten, die die Nationalstaaten zum Zwecke der Kriegsverhütung überwölbt und verbindet. Die neue europäische Friedensordnung könnte als europäisches System kollektiver Sicherheit organisiert werden.

SELBSTBESCHRÄNKUNG DER BUNDESREPUBLIK

In ein solches System wären die beiden deutschen Staaten effektiv kontrolliert einzubinden, um nach wie vor bestehenden Ängsten unserer westlichen und östlichen Nachbarn vor einem (groß-)deutschen Militarismus und Chauvinismus Rechnung zu tragen.

Für das Zustandekommen einer neuen europäischen Friedensordnung trägt die Bundesrepublik besondere Verantwortung. Sie muß auf dem Wege dorthin „mit gutem Beispiel vorangehen“, d. h. einseitige Abrüstungsmaßnahmen und andere, das eigene Machtpotential beschränkende Schritte unternehmen. Mit anderen Worten: Wir verstehen das Recht auf Selbstbestimmung für die Bundesrepublik außen- und wirtschaftspolitisch insbesondere auch als Pflicht zur Selbstbeschränkung. Wir wollen in der und für die Bundesrepublik eine Politik der Selbstbeschränkung durchsetzen.

● Eine solche Politik gebietet zu allererst, endgültig auf alle Gebietsansprüche und Wieder- oder „Neu“ vereinigungsforderungen zu verzichten und die Existenz zweier deutscher Staaten ohne Wenn und Aber anzuerkennen.

● Sie erfordert ebenso, die Exportorientiertheit der BRD zurückzustutzen und über die EG nicht deutsche Großmachtpolitik in anderem Gewande fortzusetzen.

● Und sie gebietet schließlich den endgültigen Verzicht auf jegliche Atommachtambitionen.

Daher fordern DIE GRÜNEN: Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz! Ziel dieser Politik ist die vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung der Bundesrepublik und damit verbunden die Umstellung auf Soziale Verteidigung.

TRANSNATIONALE VERNETZUNG DER FRIEDENSBEWEGUNGEN

Eine Politik der Selbstbeschränkung und der einseitigen Abrüstung kann nur im solidarischen transnationalen Zusammenwirken der Basis-Friedensbewegungen in Europa durchgesetzt werden. Das Bemühen um die internationalistische Vernetzung der Basis-Friedensbewegungen über Staats- und Blockgrenzen hinweg (wie sie z.B. im END-Prozeß und in der Kampagne der bundesdeutschen und französischen



Friedensbewegung gegen die Militärkumpanei BRD-Frankreich praktiziert wird) ist daher ein zentrales Anliegen GRÜNER Friedenspolitik.

Als GRÜNE legen wir besonderen Wert gerade auch auf die Zusammenarbeit mit den unabhängigen Friedensgruppen aus der UdSSR und den osteuropäischen Staaten. Wir gehen davon aus, daß sich deren Handlungsmöglichkeiten im Zeichen von Glasnost und Perestroika verbessern und hoffen, daß künftig ein engeres Zusammenwirken mit ihnen möglich wird.

GRÜNE Präsenz im Europa-Parlament wollen wir auch und gerade für diese Zwecke nutzen, z.B: indem wir für Friedensgruppen aus verschiedenen Ländern Möglichkeiten schaffen, ihre Erfahrungen auszutauschen und ihre Aktivitäten zu koordinieren. Unsere Zusammenarbeit mit in den Friedensbewegungen ihrer Länder aktiven radikalen und grün-alternativen Parteien in einer gemeinsamen EP-Fraktion (GRAEL) bietet für diese internationalistische Arbeit gute Voraussetzungen.

Zum Beispiel läßt sich das Problem des Tieffluglärms nicht durch den „Lärmexport“ von einem Land in ein anderes lösen. Vielmehr müssen die Initiativen der TieffluggegnerInnen aus den verschiedenen betroffenen Ländern und Regionen zusammenarbeiten und gemeinsam für die Unterbindung jeglichen Tiefflug-Terrors kämpfen. Das gilt ebenso für

andere Formen der Umweltbelastung durch das Militär (Manöver, Truppenübungsplätze, Militärtransporte usw.).

FÜR EINE ANTIMILITARISTISCHE OPPOSITION IN BRÜSSEL

Darüber hinaus werden wir im Europäischen Parlament dafür sorgen, daß die Militarisierung der EG nicht klammheimlich „durchgezogen“ werden kann. Wir werden die Öffentlichkeit kontinuierlich über diesen Prozeß informieren, im EP dagegen unsere Stimme erheben und den Anliegen der Friedensbewegung Gehör verschaffen.

Wir sind uns dabei des Dilemmas bewußt, in einer Institution Friedensarbeit machen zu wollen und sicherheitspolitische Debatten führen zu müssen, die offiziell keine sicherheitspolitischen Aufgaben hat und sie unserer Meinung nach auch nicht bekommen sollte. Wir werden uns auch weiterhin gegen die Ausdehnung der EP-Aktivitäten auf sicherheits- und militärpolitische Fragen wenden und zugleich, wo und soweit dies von den etablierten Parteien dennoch durchgesetzt wird, unsere friedenspolitischen Positionen als Alternative zur herrschenden (Un-) Sicherheitspolitik vorbringen und dabei stets die enge Anbindung an die europäische Friedensbewegungen suchen.



GRÜNE FORDERUNGEN



1. Wir wollen keine Militarisierung Westeuropas. Wir wollen keine dritte nukleare Supermacht. Dagegen setzen wir das gesamteuropäische Ziel der Schaffung einer von Blöcken freien neuen europäischen Friedensordnung.

2. Wir wollen keinen europäischen Nationalismus und keine chauvinistische EG-Großmachtpolitik, die sich insbesondere gegen die Menschen des Ostens und Südens richtet. Stattdessen setzen wir auf Block-Desintegration und Blockersetzung. Diese beginnt mit Schritten der Selbstentmachtung durch einseitige Abrüstung.

3. Wir wollen keine „Stärkung des europäischen Pfeilers“, die einhergeht mit konventioneller Aufrüstung, nuklearer „Modernisierung“ und Verdichtun-

gen der militärischen Zusammenarbeit in Westeuropa. Stattdessen wollen wir die Entmilitarisierung Europas, die Schwächung des Blockzusammenhalts und die Stärkung blockübergreifender Strukturen, damit die Blockkonfrontation überwunden wird.

4. Wir wollen keine „Euro-Bombe“, keine militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen den EG-Staaten Frankreich und Großbritannien und keine Mitsprache und (Mit-)Verfügung der Bundesrepublik über Nuklearwaffen. Wir lehnen die „europäische Option“ (eine Nuklearmacht EG/Europäische Union) ab. Wir fordern die vollständige Entnuklearisierung EG-Europas (und darüber hinaus eine atomwaffenfreie Zone in ganz Europa) und insbesondere einen unzweideutigen und endgültigen Verzicht der Bundesrepublik

auf jegliche nukleare Optionen. Wir verlangen daher: Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz!

5. Wir wollen keinen Atom- und Weltraumkolonialismus der EG oder ihrer Mitgliedsstaaten. Wir fordern den Verzicht aller EG-Staaten auf überseeische Besitzungen und „Testgebiete“ und den Rückzug aller militärischen Verbände von EG-Ländern aus der „Dritten Welt“; insbesondere unterstützen wir die Forderungen der Völker des Pazifiks und der Karibik nach Atomwaffenfreiheit und Unabhängigkeit.

6. Wir lehnen eine Ausdehnung der EG-Kompetenzen und der Europäischen Zusammenarbeit (EPZ) auf außen- und militärpolitische Fragen, wie sie in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) festgelegt ist, ab. Wir unterstützen die Haltung jener EG-Mitgliedsstaaten, die sicherheitspolitische Themen im Rahmen der EG-Institutionen ausdrücklich nicht zu behandeln wünschen.

7. Wir lehnen jede institutionalisierte Zusammenarbeit von Organen der EG mit der WEU oder der NATO ab, da sie zur Festigung des Westblocks und zur Verhärtung der Blockstrukturen beiträgt. Stattdessen setzen wir uns für die Stärkung, die intensivere Nutzung und die Kompetenzausweitung gesamteuropäischer Foren ein, insbesondere messen wir dem KSZE-Prozeß als gesamteuropäischem Ansatz besondere friedenspolitische Bedeutung zu und wollen ihn für die Schaffung einer neuen europäischen Friedensordnung genutzt wissen.

8. Wir wollen keine EG-„Verteidigungsindustriepolitik“, keinen gemeinsamen Beschaffungsmarkt für Rüstungsgüter, keine an rüstungswirtschaftlichen und militärischen Interessen ausgerichtete EG-Technologiegemeinschaft und keine EG-Rüstungsexportpolitik. Stattdessen fordern wir EG-Programme zur „Rüstungskonversion, strikte Beschränkung technologischer Vorhaben auf den zivilen Bereich unter wirksamer Kontrolle und ein EG-weites Verbot von Rüstungsexporten.

9. Wir wenden uns gegen die Befassung sicherheitspolitischer Themen im EP. Doch wollen wir unsere Anwesenheit im EP für die Unterstützung der friedenspolitischen Anliegen der Friedensbewegungen in den EG-Ländern und weltweit nutzen und zu ihrer Vernetzung beitragen. Wir wollen für eine Förderung der Friedens- und Konfliktforschung durch die entsprechenden Forschungsförderungsinstanzen der EG eintreten. Schließlich werden sich die GRÜNEN Abgeordneten im Rahmen ihrer Möglichkeiten als EP-ParlamentarierInnen für die konkreten

Belange verfolgter Anti-MilitaristInnen und PazifistInnen im EG-Raum einsetzen (z. B. durch das Engagement für verfolgte Kriegsdienstverweigerer). In einem Grundrechtskatalog ist das Recht auf Wehrdienstverweigerung inkl. Totalverweigerung aufzunehmen.

10. Wir wollen eine intensive Förderung internationaler Begegnungen von Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. Jugendliche, WissenschaftlerInnen, SportlerInnen etc.) über die Blockgrenzen hinweg, damit Vorurteile und Feindbilder durch konkrete Erfahrungen abgebaut werden.



LITERATURHINWEISE:

- Militärgroßmach Westeuropa? Zur Bedeutung der „Europäisierung der Sicherheitspolitik“ und der Belebung der „Westeuropäischen Union“ (WEU), hg. von DIE GRÜNEN, Bundesvorstand
- Euromilitarismus. Zur Bedeutung der „Europäisierung der Sicherheitspolitik“, hg. von DIE GRÜNEN, Bundesvorstand und Fraktion DIE GRÜNEN im Bundestag, Köln/Bonn 1985
- Westeuropa auf dem Weg zur Militärgroßmacht?, hg. von Grün-Alternatives Europäisches Bündnis in der Regenbogenfraktion, Arbeitsgruppe Frieden und Abrüstung, Brüssel 1986 (auch in englisch, französisch, spanisch, italienisch und niederländisch)
- Die NATO-Broschüre der GRÜNEN, hg. von DIE GRÜNEN im Bundestag, Bonn/Hamburg 1988
- Green Peace Policy, published by the Green-Alternative European Link (GRAEL) in the Rainbow Group in the European Parliament
- Militärzwillinge Bundesrepublik/Frankreich - Eine Achse der Aufrüstung?, hg. von DIE GRÜNEN im Bundestag, Bonn 1988
- Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz, hg. von DIE GRÜNEN Bundesvorstand (auch in französisch, englisch, niederländisch)
- Bundesrepublik und Frankreich: Nicht Militärkampagne, sondern Völkerfreundschaft!, hg. Regenbogenfraktion im Europaparlament (auch in franz.)

FOTONACHWEIS

S. 1: M. Schröder/argus; S. 4: G. Klutuncok/laif; S. 6: M. Schröder/argus; S. 9: D. Piermont; S. 10: A. v. d. Osten-Sacken/Joker; S. 14: M. Schröder/argus; Karikaturen: Marie Marcks, Michael Sowa, Guido Zingerl.

GRÜNE Materialien zum Thema »Frieden«

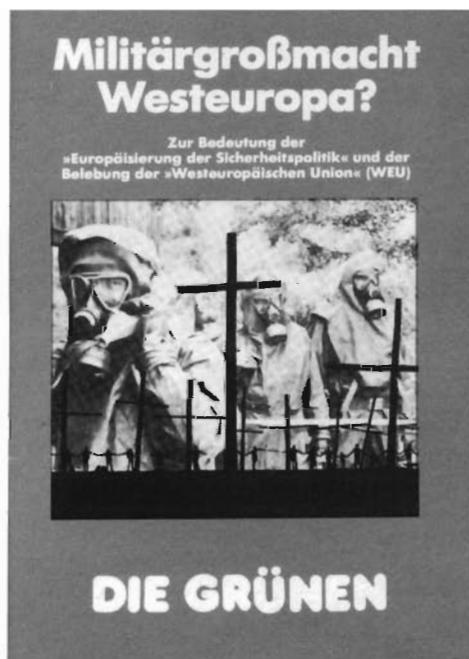


Hintergründe und Argumente für die Forderung und die Kampagne „Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz“, gegen die schleichende Entwicklung zur westeuropäischen Atomstreitmacht. DIN A 4, 46 S., DM 3,-.

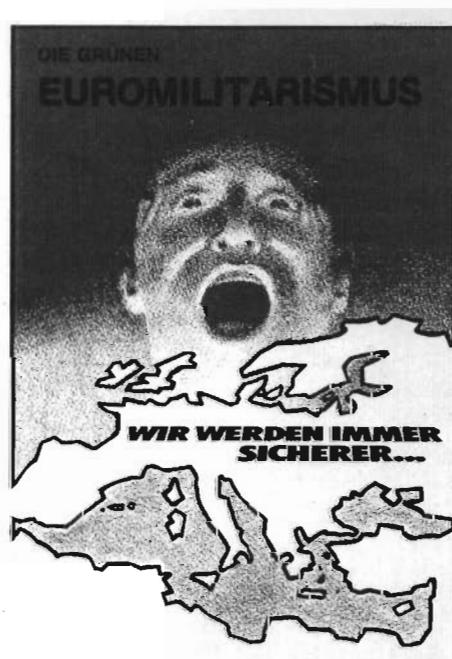
MILITÄRBLOCK - WEST



Auseinandersetzung mit dem Militärblock NATO, GRÜNE Kritik an seiner Politik, seiner Militärstrategie, seinen Strukturen, und GRÜNE Politik der NATO gegenüber. 1. Aufl. 1988, DIN A 4, 120 S., DM 5,-.



Informationen zur Politik der „Europäisierung und Konventionalisierung“ generell sowie zur Westeuropäischen Union (WEU) speziell. DIN A 5, 31 S., DM 2,-.



Reader zu den Gefahren und der Problematik der „Europäisierung der Sicherheitspolitik“. DIN A 5, 223 S., DM 1,-.

Bestellungen an: DIE GRÜNEN · Bundesgeschäftsstelle · Colmantstraße 36 · 5300 Bonn 1

